

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Hoffnung auf sanfte Landung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1989) : Hoffnung auf sanfte Landung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 5, pp. 218-219

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136511>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Hoffnung auf sanfte Landung



Hans-Jürgen Schmahl

Was sich im vergangenen Jahr schon abzeichnete, ist jetzt vollends deutlich geworden; die Konjunktur beginnt „an die Decke zu stoßen“. Die Kapazitäten sind, glaubt man den Zahlen, höher ausgelastet als auf dem konjunkturellen Höhepunkt Ende der siebziger Jahre. Mißtraut man den ausgewiesenen Auslastungsgraden, weil die darin enthaltenen Kapazitätsgrößen notorisch unsicher sind, dann sprechen andere Faktoren für die Anspannung: Zunehmende Auftragsbestände, längere Lieferfristen und eine steigende Zahl von Überstunden und Sonderschichten. Damit ist die Konjunktur in ein Stadium eingetreten, das neue Probleme aufwirft, nämlich Stabilitätsprobleme.

Die Veränderung wird noch gewichtiger durch die Tatsache, daß die Hochkonjunktur ein weltweites Phänomen ist. „Im siebten Jahr des Aufschwungs“, so lautet einer der Kernsätze des Frühjahrsgutachtens der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute zur Konjunkturlage, „sind nun weltweit die Anzeichen für hochkonjunkturelle Anspannungen unverkennbar. Bei zügig expandierender Nachfrage zeigen sich zunehmend Angebotsengpässe. Kosten und Preise sind in vielen Ländern in eine Aufwärtsbewegung geraten.“ Damit wird die ohnehin nicht mehr gewährte Preisstabilität in der Bundesrepublik zusätzlich von außen gefährdet. Die Einfuhr verteuert sich nicht nur, weil der Außenwert der D-Mark insgesamt gesunken ist, sondern auch, weil die Preise in den Lieferländern wieder stärker steigen, und nicht zuletzt, weil sich die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe und Öl beträchtlich erhöht haben.

Die Preisentwicklung auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe und Öl muß ebenso vor dem Hintergrund der weltweiten Hochkonjunktur gesehen werden wie die Entwicklung der „hausgemachten“ Preisbestimmungsgründe in den einzelnen Ländern. Der Hinweis auf Verhaltensänderungen etwa der OPEC-Länder ist vordergründig; Angebotsverknappung ist erfolgversprechend geworden durch die konjunkturell bedingte, verstärkte Zunahme der Nachfrage nach Öl. Das gilt auch für manche Industrierohstoffe. Sondereinflüsse können die Markttendenz vorübergehend verstärken oder abschwächen, aber letztlich wird die Situation an den Weltmärkten weder vom Ausfall einer Ölförderplattform in der Nordsee noch von Streiks in Bergwerken oder Plantagen Lateinamerikas bestimmt, sondern vom Zustand der Weltkonjunktur.

Stößt die konjunkturelle Nachfrageexpansion in den einzelnen Ländern zunehmend an die Grenzen des Angebots, d.h. steigt die Nachfrage bei bereits hoher Auslastung schneller als die Kapazitäten und sind zudem die Ressourcen in den anderen Ländern ebenfalls hoch ausgelastet, dann muß das Tempo des Nachfrageanstiegs verlangsamt werden. Das ist in erster Linie Aufgabe der Geldpolitik. Im Idealfall gelingt das Einschwenken der Nachfrage auf den Potentialpfad. Die Expansion der Nachfrage entspricht dann derjenigen des Produktionspotentials, so daß es weder zu einem erheblichen Preisauftrieb noch zu einer unerwünscht starken Abkühlung der Konjunktur kommt. Eine solche „sanfte Landung“ der Konjunktur setzt rechtzeitiges, die großen Wirkungsverzögerungen berücksichtigendes Eingreifen der Geldpolitik voraus. Zögern die Notenbanken zu lange, werden sie sich einem stärkeren Preisauf-

trieb gegenübersehen und darauf in der Regel mit einer harten Restriktionspolitik reagieren. Die aber führt erfahrungsgemäß zur „harten Landung“ der Konjunktur, zur „Stabilisierungskrise“.

In der gesamten Nachkriegszeit hat es weit mehr „harte“ als „sanfte“ Landungen gegeben, auch in der Bundesrepublik. Doch in dem gegenwärtigen, lang anhaltenden Aufschwung ist so vieles anders als früher, daß sich die unangenehmen Erfahrungen nicht wiederholen müssen. Immerhin haben die Notenbanken in fast allen Ländern relativ früh – wenn auch zumeist später, als ihnen z.B. Wirtschaftsforscher rieten – begonnen, einer konjunkturellen Übersteigerung entgegenzuwirken; in den USA schon vor zwei Jahren, in der Bundesrepublik Mitte vergangenen Jahres. Für die Industrieländer – einschließlich der Bundesrepublik – kamen die Wirtschaftsforschungsinstitute in dem schon zitierten Konjunkturgutachten zu dem Ergebnis, daß eine „sanfte Landung“ wahrscheinlich sei. Im Jahre 1990 werde die Nachfrage eher etwas weniger als das Produktionspotential zunehmen, und der Preisanstieg werde sich nicht weiter verstärken. Begründet wird diese Erwartung mit dem Hinweis auf das zeitige Umschwenken der Geldpolitik. Auch in der Bundesrepublik werden danach die bisher von der Geldpolitik ausgehenden Impulse „allmählich von den dämpfenden Wirkungen der geldpolitischen Straffung abgelöst werden. Für das kommende Jahr ist deshalb mit einer verhalteneren konjunkturellen Expansion als 1989 zu rechnen“.

Doch die Entwicklung ist nicht frei von Risiken. Das wird auch im Gemeinschaftsgutachten der Institute betont: „Risiken liegen vor allem in der Preisentwicklung, die im Ausland und im Inland zu einer Verschärfung des geldpolitischen Kurses Anlaß geben könnte.“ In der Bundesrepublik hat der veränderte Kurs der Geldpolitik bisher noch nicht zu einer nennenswerten Dämpfung der Geldmengenexpansion geführt. Die Geldmenge M3 (Bargeldumlauf, Sichteinlagen, Termingelder unter vier Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist) nimmt immer noch deutlich stärker zu als um jene 5%, die sich die Bundesbank als Ziel gesetzt hat. Das könnte an einer durch die Quellensteuer veranlaßten übertriebenen Bargeldhaltung liegen und insofern nicht relevant sein. Es könnte auch nur eine Frage der Zeit sein, bis sich die bisherigen Maßnahmen der Bundesbank in der gewünschten Weise auswirken. Die Institute warnen denn auch vor einer weiteren Verschärfung der Geldpolitik, da sie annehmen, daß sich die Geldexpansion künftig auch ohne weitere Maßnahmen verlangsamen wird. Aber sicher ist das nicht.

Hinzu kommt, daß auch neue Anstöße auf die Preis- und Kostenentwicklung nicht auszuschließen sind. So liegt der Prognose die Annahme zugrunde, daß Öl nach Wegfall einiger Förderhemmnisse in der Nordsee und in Alaska wieder deutlich billiger und im nächsten Jahr nur wenig teurer wird. Für die Industrierohstoffe werden kaum noch steigende Preise angenommen. Für diese Einschätzung gibt es angesichts der Erwartung eines verlangsamten Konjunkturanstiegs in der Welt gute Gründe. Doch wäre es auch möglich, daß in einem Klima allgemein wieder stärkeren Preisauftriebs auch Industrierohstoffe und Öl teurer als angenommen werden und damit ihrerseits wieder zu höheren Kosten und Preisen in den einzelnen Ländern beitragen.

Noch gefährlicher wäre es allerdings, wenn sich der Lohnanstieg künftig verstärken würde. Eine Preis-Lohn-Preis-Spirale würde zweifellos zur Verschärfung der Geldpolitik und damit zur „harten Landung“ der Konjunktur führen. Soweit die nun wieder steigenden Preise auf Verbrauchsteuererhöhungen oder Einfuhrverteuerungen zurückgehen – und das sind bisher die wichtigsten Ursachen –, können damit zusätzliche Lohnerhöhungen ohnehin nicht begründet werden, denn der „Gegenwert“ ist dem Staat und dem Ausland zugeflossen. Sollte dagegen die im Vergleich zu den Löhnen seit Jahren erheblich stärkere Zunahme der Gewinne zu zusätzlichen Forderungen führen, so muß bedacht werden, daß eine Phase außerordentlich scharfen Gewinndrucks vorausgegangen war. Für mehr Investitionen und mehr Beschäftigung bedarf es guter Gewinne und Gewinnerwartungen; das hat gerade die Entwicklung der letzten beiden Jahre gezeigt. Verteilungskorrekturen wären daher allenfalls behutsam vorzunehmen und in Formen, die nicht das Tariflohniveau erhöhen, vor allem als gewinnabhängige Einmalzahlungen der Betriebe.